

„Gott sei Dank, daß die Syrer gekommen sind“

Die syrische Intervention im 14 Monate alten libanesischen Bürgerkrieg hat die verfeindeten Christen und Moslems zu einer De-facto-Waffenruhe gezwungen.

Nur die extremistischen Palästinenser widersetzen sich der syrischen Übermacht noch. In den von Syriens Truppen besetzten Landesteilen normalisiert sich das Leben.

In Sahle, weithin als Christenfeste auszumachen an der Marienstatue, die auf hohem Turm die Häuser überragt, ist der Bürgerkrieg zu Ende. Zwar preschen noch halbwüchsige Falangisten in grünen Kampfanzügen durch die Straßen. Von ihrer Ausrüstung aber ist ihnen nur noch das Holzkreuz am Hals geblieben, ihre Maschinenpistolen haben sie nicht mehr.

Waffen tragen in der 120 000 Einwohner zählenden Stadt am Fuß des noch schneegefleckten Mont Liban nur noch jene, die mit dem Brudermorden im Libanon aufräumen: syrische Soldaten, die an allen strategisch beherrschenden Positionen die erdfarbenen T-62-Panzer eingegraben haben.

Gestern noch hatten Palästinenser die Wasserleitung nach Sahle gesprengt. Die Syrer feuerten ein paar Salven in die Berge, ein Pioniertrupp flickte die Leitung. Heute gibt's wieder Wasser in der Stadt, der Strom funktioniert auch. Es gibt Hähnchen gegrillt, kalte Cola und Softis — in einer Stadt, in der vor wenigen Wochen noch Menschen verhungert sind.

Eine aus Beirut geflüchtete Frau — sie hat Mann und zwei Söhne in den Massakern der Hauptstadt verloren — backt zum erstenmal seit Monaten wieder Brot für den verbliebenen Rest der

Familie: „Gott und der Jungfrau sei Dank, daß die Syrer gekommen sind.“

Die Syrer im Libanon — so fanden die SPIEGEL-Redakteure Siegfried Kogelfranz und Volkhard Windfuhr in den von Assads Truppen beherrschten Landesteilen —, das muß eine der willkommensten Besatzungstruppen aller Zeiten sein. Ihre „Initiative“, wie Damaskus seine offene militärische Intervention im Libanon schamhaft umschreibt, rettete die fanatisch ineinander verbissenen Libanesen nach 14 Monaten Bürgerkrieg vor der totalen Selbstzerstörung.

Der syrisch besetzte Teil des Libanon — das sind Oasen des Friedens, in denen das Morden, Verstümmeln, Vergewaltigen und Vernichten über Nacht aufhörte.

„Wir haben vor Freude geweint, als die Syrer kamen“, sagt ein moslemischer Bauer in der Bekaa-Ebene zwischen dem Libanon- und Antilibanon-Gebirge. „Hoffentlich bleiben sie, bis wir wieder eine eigene Regierung haben, die sich durchsetzen kann“, sorgt sich ein Lehrer in Rajak, dem größten Luftstützpunkt des Libanon, wo 600 Soldaten der in mehrere Fraktionen zerfallenen Libanon-Armee dem Metzeln ringsum ein Jahr lang ohnmächtig zusahen. „Die Syrer bezahlen sogar für

die Hühner und Kirschen, die wir ihnen geben“, wundert sich der Lehrer — denn viele Monate lang hatten die einander an die Gurgel fahrenden eigenen Landsleute die Erzeugnisse der Bauern einfach requiriert.

An den Krieg erinnern im Besatzungsgebiet vor allem die, die eine Art Abstimmung mit den Rädern vorführen: Aus dem Libanon, nach Syrien hinüber, wo schon eine halbe Million ihrer Landsleute auf das Ende des Krieges harren, flüchten noch immer Libanesen aus jenen Gebieten, die Syriens „Initiative“ noch nicht erreicht hat. Zurück, in den Libanon hinein, fahren Bewohner der von den Syrern besetzten Landstriche.

Vielen Libanesen sind die willkommenen Helfer noch zu langsam. „Sie könnten doch, wenn sie wollten, Beirut in Stunden nehmen“, sagt einer, der wieder nach Hause will, ohne sein Leben zu riskieren. Syrische Offiziere und Politiker bestätigen das — und erklären, warum sie es nicht tun: Sie wollen Blutvergießen möglichst vermeiden, den Feind lieber aushungern und isolieren. Und der Feind, das sind heute vor allem die Anhänger Arafats und seines militanten Stellvertreters, des „Terroristen“, wie ihn die syrische Parteizeitung nennt — Salah Chalaf, Deckname „Abu Ijad“. Mit anderen Worten: die radikalen Palästinenser.

Denn der Bürgerkrieg zwischen Dutzenden libanesischer Fraktionen, zwischen Moslems und Christen, Falangisten und Drusen, christlichen „Beschützern der Zeder“ und vielerlei islamischen „Nasseristen“, hat sich in den letzten beiden Wochen reduziert auf den Kampf der Palästinenser gegen alle, die sich ihrer Herrschaft über den Libanon in den Weg stellen — und das sind vor allem die Syrer.

„Der Weg nach Jerusalem führt über Dschunia“, hatte Abu Ijad, der als Vater des weltweiten Terrorismus des „Schwarzen September“ gilt, noch vor wenigen Tagen geprahlt. Übersetzt: Für die Durchsetzung ihrer Maximalforderung, der Zerstörung Israels, brauchen die Palästinenser den Sieg über die Libanon-Christen, deren Zentrum die Hafenstadt Dschunia geworden ist.

Denn die PLO-Führer vom Schlage eines Abu Ijad und eines Georges Ha-

Syrische Panzer im Libanon: „Wir haben vor Freude geweint“



basch wollen keinen durch Verhandlungen erreichten Palästinenser-Staat in Westjordanien und im Gaza-Streifen, sie wollen nach wie vor das ganze Palästina.

Genau das will aber Syriens Präsident Assad nicht. Auch er setzt längst auf eine Friedenslösung, er will sich nicht durch Palästinenser-Terror in einen Waffengang zwingen lassen, bei dem mit großer Wahrscheinlichkeit alles verlorengehen würde, was seit dem Oktober-Krieg 1973 für die Araber gewonnen wurde. Er will nur nicht den Ruch eines Schlächters der Palästinenser auf sich nehmen, der Hussein seit dem September 1970 anhaftet.

Die Syrer haben alle Zufahrtswege nach Beirut und den anderen Palästinenser-Hochburgen abgeschnitten und eine Seeblockade über die gesamte libanesischen Küste verhängt, den Flughafen von Beirut besetzt und auch die Verbindungsstraßen zwischen den linken Basen gekappt. Für die Palästinenser gibt es kein Benzin und keine Munition mehr. Die Lebensmittel werden knapp.

Immer mehr ihrer linken Hiwis desertieren unterdessen. Unter Lebensgefahr flüchteten in den letzten Tagen die prominentesten libanesischen Politiker aus Beiruts PLO-beherrschtem Moslem-Viertel zu den bislang so verhassten Christen: Ministerpräsident Karamé, Parlamentspräsident Kamal Assad, ein Dutzend Abgeordnete.

Dem linken Drusenführer Dschumblat laufen seine Krieger davon zum gemäßigten Drusenfürsten Madschid Arslan. „Dschumblat“, so ein syrischer Generalstabsoffizier verächtlich, „hätte ohnehin nur bis zum letzten Palästinenser gekämpft.“

Selbst viele Fatah-Krieger werden müde. In der zerstörten Stadt verbliebene Beirutis finden immer öfter Palästinenser an ihren Wohnungstüren, die weder plündern, entführen noch morden wollen, sondern nur ein Versteck suchen, um nicht den in ihren Augen sinnlosen Kampf weiterführen zu müssen.

Todeskommandos der extremen linken und antisyrischen Palästinenser füsilieren — wie in den Kriegsjahren des Dritten Reiches — derweil Kampfunwillige und vermeintliche oder tatsächliche Parteigänger der Syrer.

Am fanatischsten gebärden sich mangels Absetzmöglichkeiten Angehörige jener Internationale der Extremisten, die seit Monaten in Beirut auf PLO-Seite schießt: Deutsche, Japaner, Somalis, Türken und Perser — Freiwillige des weltweiten Terrorismus.

Der Mord an US-Botschafter Meloy sollte offenbar das Pulverfaß noch zum Explodieren bringen, bevor die Lunte durch die „syrisch-amerikanisch-israelische Verschwörung“ — so sehen die PLO-Extremisten Syriens „Initiative“ — ausgetreten wird.

SCHWEIZ

Schwarzer Sonntag

Das „Stimmvolk“ stemmt sich gegen jeden Fortschritt. Die Direktdemokratie scheint am Ende.

Über das Aussehen der Schweizer Landschaft und über das Ansehen der Schweizer Nation muß sich jetzt die Berner Regierung den Kopf zerbrechen, „wenn wir den Schaden kleinhalten wollen“, klagte Außenminister Pierre Graber.

Den Schaden verursacht hatte das Schweizer „Stimmvolk“ am 13. Juni: Es lehnte die in sechs Jahren genauestens ausgetüftelte Raumplanung ab, ein Richtlinienpaket, mit dem die Zer-



**Damit
unser Land
eine Zukunft
hat.**

Raumplanung Ja!

Propaganda für Volksabstimmung
Eine Schweiz der Nein-Sager?

siedelung gestoppt und die Landschaft geschützt werden sollte.

Gleich mit abgelehnt wurde ein 200-Millionen-Franken-Kredit für die internationale Entwicklungsagentur der Weltbank. Den Bürgern des zweitreichsten Landes der Erde sind offenbar jene mickrigen 0,14 Prozent ihres Bruttosozialproduktes schon zuviel, die sie pro Jahr an Bundessteuern für die ärmsten Länder abzugeben.

Nur noch Kartenleger und Sterndeuter können nach dem Urteil der schweizerischen Presse herausfinden, warum die 34,5 Prozent der Stimmberechtigten, die am 13. Juni an die Urne gingen, „der direkten Demokratie einen schwarzen Sonntag“ („Basler National-Zeitung“) beschert haben — vor allem, weil Behörden, Parteien und Massenmedien keine Mühe gescheut hatten, dem störrischen Volk den Sinn der Vorlagen nahezubringen.

Immer weniger Schweizer interessieren sich offenbar für die Abstimmungsthemen: Während bis vor 15 Jahren

noch 60 Prozent von ihnen für die direkte Demokratie zu den Urnen gingen, schliefte in den sechziger Jahren der Einsatzzeifer unter die 50-Prozent-Grenze weg. Und bei den 15 eidgenössischen Volksentscheiden der vergangenen fünf Jahre blieben meist zwei Drittel der Männer und Frauen daheim.

Die Abstinenz des Schweizer Volkes macht laut Justizminister Kurt Furgler eine „merkwürdige Mischung von Staatsverdrossenheit und Hoffnung auf den Staat in allen Dingen“ deutlich. Sieger bleibt — schimpfte das Boulevardblatt „Blick“ — „eine Schweiz, die noch immer nicht begriffen hat, was die Stunde geschlagen hat“.

Diese „eine Schweiz“ der Nein-Sager rekrutiert sich zunehmend aus standhaften Patrioten, denen jede staatliche Neuerung als Existenzbedrohung erscheint. Vor allem ältere Leute aus ländlichen und kleinstädtischen Gebieten und kleinbürgerlichem Milieu — so ergaben Umfragen — reagieren etwa auf Infrastrukturprobleme derart verängstigt, daß sie sich bereitwillig manipulieren lassen.

Wenn den rechtsradikalen Nationalisten, dem Industriellenverein, den Grund- und Hausbesitzern oder der einflußreichen Armee-Lobby ärgerliche Reformen drohen, werden die Nein-Sager mobilisiert. Mit Schockparolen („Raumplanung: Anschlag auf das Privateigentum“) lassen sich diese Gruppen am Gängelband ihrer nostalgischen Helvetiaverehrung sogar gegen ihre eigenen Interessen einspannen.

Aufgebrachte Nein-Sager erstickten in den letzten Jahren

- ▷ sämtliche Volksinitiativen, in denen etwa ein Atomwaffenverbot (1962 und 1963), ein Bodenspekulationsverbot (1967), das Recht auf Wohnung (1970) und Bildung (1973) oder die Mitbestimmung (1976) verlangt worden waren;
- ▷ wichtige sozialpolitische Reformen, wie den Aufbau einer einheitlichen Krankenversicherung (1974) oder die „Harmonisierung“ der Steuersysteme (1976);
- ▷ wichtige Maßnahmen für die Wirtschaftspolitik des Bundes (1975).

Immer wieder gelingt es potenten Interessengruppen, die „direkte Demokratie“ in eine „direkte Oligarchie“ (so der Genfer Soziologe Jean Ziegler) umzufunktionieren.

Daß das System der direkten Demokratie revisionsbedürftig ist, hat zum erstenmal Finanzminister Chevallaz öffentlich angedeutet. Aber diese heiligste der heiligen Schweizer Kühe ist für die Eidgenossen unsterblich.

Jede Änderung der Volksrechte müßte nämlich zuerst dem Volk zur Abstimmung unterbreitet werden. Und dabei ließen sich allemal genug Nein-Sager mobilisieren, damit alles beim alten bleibt. ◆